

OFFENER BRIEF

**... des Bündnisses „Nie wieder Sonntag“
an die Betreiberinnen des Cafés
„An einem Sonntag im August“**

Warum wir nicht mit Euch reden wollen ...

Hier nun die erbetene Antwort auf die vielen Versuche der Betreiberinnen des Cafés „An einem Sonntag im August“, Kontakt mit dem Aktionsbündnis „Nie wieder Sonntag“ aufzunehmen und ein klärendes Gespräch zu führen. Da sich die Café-Inhaberin Claudia Humeniuk im Namen ihres Lokals in offener Form an das Aktionsbündnis gewandt hat, werden wir uns im folgenden in derselben Weise an Sie persönlich wenden, obwohl sich unsere Kritik natürlich an alle Verantwortlichen richtet, also auch an die Co-Inhaberin Kathrin Edelmann und die Geschäftsführerin. Gleich vorweg: ein klärendes Gespräch wird es nicht geben, dafür aber ein paar klärende Worte, die dazu dienen sollen, einige kursierende Falschbehauptungen richtig zu stellen.

Wir sind natürlich sehr erfreut, dass unser Anliegen, nämlich den Kiez gegen Rassismus zu sensibilisieren, augenscheinlich auch bei Ihnen, Frau Humeniuk, zu einer kritischen Selbstreflexion führte. Wir fragen uns jedoch, warum dieser Prozess erst nach der Veröffentlichung der betreffenden Dienstanweisung (DA) auf RBB am 28.6.05 und unserer Presseerklärung vom 29.6.05 eingesetzt hat. Das Gespräch mit der „farbigen Kollegin“, auf das Sie sich gegen deren Willen mehrfach in der Öffentlichkeit bezogen haben, fand kurz nach dem Erlass der Dienstanweisung (12.4.05) statt. Nicht nur bei dieser Gelegenheit, sondern auch in Gesprächen mit anderen Angestellten, wurden Sie und Ihre Kolleginnen unmissverständlich auf den diskriminierenden Charakter Ihrer Dienstanweisung hingewiesen. Trotz des offenkundigen Widerwillens anderer Mitarbeiterinnen, konkreten Änderungsvorschlägen, einer begründeten Unterschriftsverweigerung und anschließender Kündigung, nahmen Sie die Dienstanweisung eben nicht „unverzüglich“ (Humeniuk, 3.7.05) von der Pinnwand, sondern forderten noch mehr als zwei Wochen später zwei weitere MitarbeiterInnen ultimatив auf, das Papier zu unterschreiben. Bei diesen Personen handelte es sich u.a. um Yvonne M., die im Interview mit dem RBB berichtet und nun auch eidesstattlich versichert hat, dass sie nach ihrer ebenfalls begründeten Unterschriftsverweigerung im weiteren Dienstplan nicht mehr berücksichtigt wurde und ohne formale Kündigung einige Wochen später ihre Lohnsteuerkarte zugeschickt bekam. Kurz, es drängt sich der Eindruck auf, dass Sie, auch nach von verschiedenen Personen vortragener Kritik, nicht nur an Formulierung, sondern auch am Inhalt der DA, auf der Durchsetzung derselben bestanden haben.

Nun ist das hässliche Schriftstück öffentlich gemacht worden und das gute Image steht auf dem Spiel. Ein absolut nachvollziehbarer, aber nicht besonders überzeugender Augenblick für eine fast rührende Selbstkritik- und Entschuldigungsoffensive, die im wesentlichen darin besteht, zu beteuern, dass Sie keine Rassistin sind und alles als ein großes Missverständnis darzustellen. Sehr unmissverständlich ist jedoch das Vorgehen des von Ihnen eingeschalteten Anwalts für Presseangelegenheiten, „Johnny“ Eisenberg, der nach dem RBB-Bericht eine Unterlassungsklage gegen den RBB und den Abendschau-Redakteur Norbert Siegmund und Yvonne M. eingereicht hat, um eine weitere Berichterstattung zu unterbinden. Wie sollen wir Ihren Gesprächsangeboten trauen, wenn Sie gegen die Menschen, die entscheidend dazu beigetragen haben, Ihren Selbstreflexionsprozess in Gang zu setzen, mit juristischen Mitteln vorgehen?

Natürlich haben uns auch Ihre unter anderem am 30.6.05 auf Indymedia und am 3.7.05 in Form eines öffentlichen Aushangs publizierten Statements in unserer Haltung bestärkt, uns nicht mit Ihnen an einen Tisch zu setzen.

Sie haben sich mehrmals in instrumentalisierender Weise auf ihre „farbige Kollegin“ bezogen und damit gegen deren Willen verstoßen, nicht ins Rampenlicht der Öffentlichkeit gezogen zu werden. Wir können Sie an dieser Stelle nur eindringlich auffordern, dies in Zukunft zu unterlassen.

Sie haben versucht Ihre eindeutig rassistische, da auf biologische Kriterien beruhende, DA zu rechtfertigen, indem Sie, beispielsweise in Ihrem Offenen Brief, behaupten, dass Sie durch das Ordnungsamt vom Entzug der Ausschankkonzession bedroht worden seien, falls sie nicht gegen „die Dealergang“ vorgehen würden. Nach Aussagen der zuständigen Stadträtin Almuth Nehring-Venus (PDS) gab und gibt es kein Verfahren gegen Ihr Café. Die im „offenen Brief“ des Cafés genannte Vertreterin des Bezirksamtes, Frau Lieblo, ist jedoch nicht in der Position, eine solche Drohung auszusprechen. Von einer ultimativen Drohung mit Konzessionsentzug kann also definitiv nicht die Rede sein. Uns ist es auch absolut unverständlich, warum Sie in Ihrer Sorge um den Erhalt des Lokals nicht zum naheliegendsten Mittel gegriffen haben: KneipenbesitzerInnen, die durch ein sichtbares Schild auf das Verbot von Drogenkonsum und -verkauf hinweisen, kann kein „aktives Tolerieren“ vorgeworfen werden und stehen somit rechtlich auf der sicheren Seite. So praktizieren es viele andere Cafés, Bars und Clubs im Kiez und anderswo, ohne bei ihren Problemen mit Ordnungsamt, Polizei und Drogen auf rassistische Ausschlusskriterien zurückzugreifen. Bis heute haben Sie es trotz Ihrer Einsicht, einen Fehler begangen zu haben, nicht für nötig befunden, die DA offiziell und transparent zurückzunehmen und sich explizit bei den Menschen zu entschuldigen, die von der Gleichsetzung „schwarze Jugendliche = Dealer“ am meisten betroffen sind.

Wir müssen Sie auch darauf hinweisen, dass die Ergebnisse Ihrer intensiven Suche nach VertreterInnen des Aktionsbündnisses fehlerhaft sind. Diese treffen sich übrigens meistens im Mauerpark oder im Volkspark Friedrichshain. Wir bitten Sie öffentliche Spekulationen über Trefforte des Aktionsbündnisses, im Interesse der von ihnen genannten Einrichtung in Zukunft zu unterlassen.

Aus den hier angeführten Tatsachen und Widersprüchen, ergibt sich für uns ein klares Bild. Sie, Ihre Partnerin und Ihre Geschäftsführerin haben mit der DA Ihrer diskriminierenden Haltung gegenüber schwarzen Menschen, von der Gäste und Angestellte bereits vor dem 12.4.05 berichteten, Ausdruck verliehen und nicht etwa einen bloßen Formulierungsfehler begangen. Diese Vorgehensweise versuchen Sie nun im Nachhinein mit einem selbst konstruierten Ultimatum vom Ordnungsamt zu legitimieren. Der Umgang mit der öffentlichen Kritik zeugt nicht von Einsicht, sondern nur von dem Bestreben, Ihr Cafe und das gefährdete Image zu retten, indem Sie sich in der Öffentlichkeit als gesprächsbereite Antirassistin darstellen und gleichzeitig mit juristischen Mitteln gegen kritische Stimmen vorgehen. Aus diesen Gründen besteht für uns keinerlei Grundlage für ein klärendes Gespräch. Die „Klärung“ des Problems Rassismus im Kiez, das sich explizit nicht auf Ihr Cafe beschränkt, sollte unserer Auffassung nach die Aufgabe der Verantwortlichen und der nun geschaffenen Öffentlichkeit sein, wobei wir froh sind, dass sich nicht nur das Aktionsbündnis „Nie wieder Sonntag“ für die Ausübung des notwendigen Drucks verantwortlich fühlt, sondern auch zahlreiche UnterstützerInnen.

Aktionsbündnis „Nie wieder Sonntag“, Berlin, 6.7.2005

PS. Auch wenn es Ihnen lästig erscheinen mag, wollen wir an dieser Stelle noch zum Ausdruck bringen, dass der Begriff „Farbige“ seit Jahrzehnten von antirassistischen Bewegungen abgelehnt wird, da er das Weiß-Sein als Norm setzt und damit eine biologistische Distinktion zwischen Weißen und „nicht-weißen“ Menschen schafft. Wir finden es auch bezeichnend, dass Ihre Bemühungen eine nicht-diskriminierende Sprache zu finden, bereits daran scheitern, geschlechtsneutrale Begriffe zu verwenden. Die „InitiatorenInnen“ wünschen allen „KollegenInnen“ viel Erfolg bei Ihren diesbezüglichen BemühungenInnen!

• Kontakt: nie_wieder_sonntag@web.de

KURZAUFTRUF

Es hat sich gezeigt, dass auch im „liberalen und multikulturellen“ Prenzlauer Berg Rassismus auf der Tagesordnung steht. Die am 28.6.2005 öffentlich gewordene Dienstanweisung der Betreiberinnen des Cafés „An einem Sonntag im August“ (Kastanienallee) an ihre Angestellten, veranschaulicht, dass auch vermeintlich linke Geschäftsleute auf Kategorien wie Hautfarbe, Geschlecht und Herkunft zurückgreifen, wenn es darum geht, den Drogen den Krieg zu erklären oder einfach nur die Zusammensetzung des Publikums nach eigenem Geschmack zu gestalten. Ein pauschales Hausverbot für „schwarze Jugendliche unter 25“ wurde vom Bezirksamt nie eingefordert. Eben-
sowenig wurde dem Café der Entzug der Ausschankkonzession angedroht, wie von den Betreiberinnen behauptet. Der Ausschluß ganzer Bevölkerungsteile ist der denkbar schlechteste Weg, das Problem zu beheben.

Wir wissen, dass es nicht-rassistische Strategien gibt, mit der Drogenproblematik und dem diesbezüglichen Druck vom Bezirksamt umzugehen. Des weiteren beobachten wir mit Sorge einen verstärkten Alltagsrassismus. Insbesondere im Mauerpark und Weinbergsweg sind Menschen nichtdeutscher Herkunft von verdachtsunabhängigen Polizeikontrollen betroffen. In den letzten Monaten kam es zu einer Häufung rechter Übergriffe mit rassistischem Hintergrund. Da wir einen Beitrag dazu leisten wollen, dass jegliche Formen der Diskriminierung im Kiez & anderswo erkannt und bekämpft werden, rufen wir zum Aktionstag gegen Rassismus am 17.7. auf.

Unterstützung

Ja,

(Kneipe, Laden, Firma, Café, KünstlerIn, Gruppe, Verein)

... unterstützt den oben stehenden Kurzauftruf des Aktionsbündnisses „Nie wieder Sonntag“ zum Aktionstag gegen Rassismus am 17. Juli, 10 h-22 h, U-Bhf Eberswalder Str. (neben Café „An einem Sonntag im August“). Mit Kundgebung, Percussion, Vokü, DJanes und vielem mehr. Ab 16h Demo im Kiez. Auf dem Plakat zum Aktionstag, auf dem dieser Aufruf zu finden ist, steht dann auch mein Projekt namentlich genannt.

Dies bitte bis Do., 7.7., 22 Uhr dem Aktionsbündnis unter nie_wieder_sonntag@web.de mitteilen!

RASSISMUS IM KIEZ

**Liebe PrenzlbergerInnen,
liebe PassantInnen, liebe BesucherInnen
des Cafés „An einem Sonntag im August“!**

Kastanienallee, Ecke Schönhauser: eine der belebtesten Ecken des sogenannten Szenebezirks Prenzlauer Berg. Dieser Kiez genießt den Ruf, weltoffen, vielfältig und tolerant zu sein. Deswegen treffen sich gerade hier Menschen aus Berlin und anderswo, um in entspannter Atmosphäre einen Kaffee oder ein Bier zu trinken. Ein großes Angebot an Bars, Cafés und Clubs sorgen für aufregende Nächte und harmonische Sonntage.

Womit wir beim Thema wären: Das Café „An einem Sonntag im August“ nimmt eine Sonderstellung in Anspruch. Es handelt sich sozusagen um „das erste Haus am Platz“: Hier sitzen die hippen Leute, hier scheint am längsten die Sonne, hier gibt es den ganzen Tag Frühstücks-Büffet für 3 Euro (don't try it!). Hinter der Fassade des netten Ambientes versteckt sich jedoch eine rassistische Alltagspraxis von Seiten der BetreiberInnen, die sich seit kürzerem in einer unverhohlenen diskriminierenden KundInnenpolitik niederschlägt. Gäste beklagen schon seit längerer Zeit rassistische Äußerungen und Behandlung.

Am 12. April erreichte die diskriminierende Haltung gegenüber schwarzen Menschen eine neue Qualität. An diesem Tag wurde eine Dienstanweisung ausgegangen, deren skandalösen Inhalt wir hiermit öffentlich machen (bitte wenden). Mit Verweis auf Probleme mit angeblichen Dealern, die zu einer sogenannten „Mauerpark-Gang“ gehören sollen, wurden die Angestellten verbindlich aufgefordert, ein pauschales Hausverbot für „schwarze Jugendliche“ durchzusetzen. Das gemeinsame Merkmal dieser „Gang“ ist ihre Hautfarbe. Dies reichte den InhaberInnen offensichtlich als Grundlage für ihre rassistische Geschäftspraxis, die auf biologische und soziale Kriterien zurückgreift, um die Zusammensetzung des Publikums nach ihrem Geschmack zu gestalten. Damit stellt sich das Café in eine lange deutsche Tradition der Ausgrenzung von Menschen aufgrund äußerer Merkmale.

MitarbeiterInnen, die nicht unterschrieben haben, wurden im weiteren Dienstplan nicht mehr berücksichtigt. Diejenigen, die aufgrund ökonomischer Zwänge oder mangelnden Bewusstseins unterzeichnet haben, sind nun verpflichtet „keine Toleranz“ zu zeigen und nach eigenem Ermessen die in der Dienstanweisung formulierten rassistischen Ausschlusskriterien zur Anwendung zu bringen.

Derartige Vorkommnisse sind für jeden, der mal eine Disco im Land Brandenburg besucht hat, nichts Neues und gehören zum deutschen Alltag. Auch im Prenzlauer Berg, besonders im Mauerpark und am Weinbergsweg, sind Menschen nicht-deutscher Herkunft verstärkt von verdachtsunabhängigen Kontrollen durch die Polizei betroffen. Des weiteren kam es in den letzten Monaten gehäuft zu Übergriffen mit rassistischem Hintergrund. Ein Hausverbot für „schwarze Jugendliche“ stellt jedoch gerade im Prenzlauer Berg eine Besonderheit dar, die durch das erschreckend selbstbewusste Auftreten der Verantwortlichen bei



der Anwendung ihrer rassistischen Kriterien auffällt. Die einzige Antwort auf diese Zustände ist konsequentes Eingreifen! Woanders schmeckt der Kaffee besser, es gibt genug Alternativen! Erzählt anderen vom Alltag im „Sonntag“! Beteiligt euch an Aktionen gegen Rassismus im Kiez und anderswo! Setzt euch mit uns in Verbindung, wenn ihr Kenntnisse von ähnlichen Vorkommnissen in anderen Einrichtungen habt!

Nie wieder Sonntag! Fight racism!

Kommt zahlreich zum

AKTIONSTAG GEGEN RASSISMUS IM KIEZ!

- **Sonntag, 17. JULI, 10-22 Uhr**
U-Bhf Eberswalder Str.
(neben dem „Sonntag im August“)
- mit Redebeiträgen, weiteren Informationen, Percussion, leckerer Vokü, zahlreichen DJanes u.v.m. **Ab 16 Uhr Demo im Kiez**
- Aufrufer: Aktionsbündnis „Nie wieder Sonntag“, UnterstützerInnen sind u.a. zahlreiche Kneipen, Cafés, Läden und Clubs im Kiez
- Spenden für die Kampagne bitte an:
Kto.: 5891158000 BLZ: 10090000 Berliner Volksbank
Kontoinhaber: Bund der Antifaschisten Berlin-Pankow e.V.
Kennwort: Nie wieder Sonntag (Spendenbescheinigung möglich)
- Infos: www.nie-wieder-sonntag.de.vu
- Kontakt: nie_wieder_sonntag@web.de



An einem Sonntag...

Diese Dienstanweisung mussten die Angestellten des Cafés unterschreiben, um im weiteren Dienstplan berücksichtigt zu werden :

Liebe Kollegen,

12.4.05

aus aktuellem Anlass einige Neuheiten zur Umsetzung:

wir haben heute drei **Schwarze (wahrscheinlich Dealer)** und einen Weißen (wahrscheinlich Käufer) aus dem Café geschmissen und ihnen Hausverbot erteilt. Wir werden mit sofortiger Wirkung jeder zu diesem Kreis gehörenden Personen Hausverbot erteilen. Weiterhin sind wir mit der Polizei zu diesem Problem des Aufenthalts dieser Leute in unserem Cafe in Kontakt.

Für Euch bedeutet das,

1. **keine Toleranz.**
2. dass Ihr die von uns ausgesprochenen **Hausverbote durchzusetzen** habt.
3. dass Ihr die zum Kreis gehörenden Personen **nicht mehr bedienen** dürft und sie sofort **des Ladens verweisen** müsst. (game mit Verweis: „Wir müssen das tun. Wir können nichts dafür. Wir haben eine Anweisung erhalten von unserem Chef. Wenn Du nicht gehst, muss ich sofort die Polizei rufen.“)
4. dass Ihr sofort die Polizei ruft, wenn die Personen nach der Aufforderung den Laden zu verlassen, nicht sofort gehen. Hierzu immer eine schriftliche Info mit in die Abrechnung tun.

Wenn Ihr Euch unsicher seid, wer zum Personenkreis gehört:

*"Dealergang" aus dem Mauerpark

*schwarze Jugendliche, höchstens 25 Jahre alt

*betreten allein oder in Gruppe den Laden, gehen sehr oft rein und raus, rein und raus, usw. bzw. zu Zweit auf das WC

*wollen immer hinten sitzen, hinterm Podest (T 27, T 28, etc.)

*kommen meist zwischen 14.00 Uhr und abends (und hoffentlich bald gar nicht mehr)

Wer nicht dazu gehört:

*schwarze Studenten mit klugen Augen, schwarze Touristen, ältere, schwarze Menschen, Schwarze mit Freundin, etc.

Weiterhin gilt:

1. dass Ihr Leute auffordert das Café zu verlassen, die beim Konsum von Cannabis, etc. bemerkt werden.

Ich habe die Anweisung zur Kenntnis genommen. Unterschrift:

Berlin, 12.4.05

... in Deutschland